

Neueste Nachrichten.

Der Bayerische Industriellenverband hält wie der deutsche Industriellenverband das Sachverständigen Gutachten für eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen.

Die Antworten Japans, Polens und Jugoslawiens an die Reparationskommission sind in Paris eingetroffen.

Die nach Amerika zurückgekehrten amerikanischen Sachverständigen sprechen sich für eine Teilnahme Amerikas an der Ausführung des Gutachtens aus.

Zur Reparationsfrage.

Prüfung der deutschen Antwort zu vertragen.

Paris, 29. April. Das nach Schluß der heutigen Sitzung der Reparationskommission ausgegebene Communiqué lautet: Im Verlaufe der Sitzung der Reparationskommission, die heute Nachmittag um 3 Uhr abgehalten wurde, ist beschlossen worden, die Prüfung der deutschen Antwort auf die Note der Reparationskommission vom 17. April und die Prüfung der Antworten der alliierten Regierungen auf den gleichen Beschluß auf eine spätere Sitzung zu vertragen, um offiziöse Verhandlungen zu ermöglichen, die morgen Vormittag stattfinden sollen.

Berichterstattung Theunis' und Hymans in Brüssel.

Paris, 29. April. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ meldet, daß Ministerpräsident Theunis und der Außenminister Hymans heute vormittag dem König von ihrer gestrigen Besprechung mit dem französischen Ministerpräsidenten in Kenntnis gesetzt haben.

Der englische Delegierte in der Reparationskommission, Bradbury, reist morgen Abend nach London. Die Reise steht in Verbindung mit der demnächst stattfindenden englisch-belgischen Ministerpräsidenten-Konferenz.

Theunis hofft auf eine Verständigung.

Paris, 29. April. Nach einer Havas-Meldung aus Brüssel hat Theunis vor seiner Abreise aus Paris gestern dem Pariser Berichterstatter der „Liberte Belgique“ erklärt: Ich verhehle nicht, daß noch viele Schwierigkeiten zu überwinden sind, aber die Tatsache, daß wir am Donnerstag unsere Reise nach London fortsetzen werden, zeigt klar und deutlich, daß wir davon überzeugt sind, eine allgemeine Verständigung erreichen zu können.

Zusammenkunft Mussolinis mit Theunis.

Rom, 29. April. Nach seiner Rückkehr von der geplanten Sizilienreise wird Mussolini eine Zusammenkunft mit Theunis und Hymans haben. Als Ort der Konferenz, die voraussichtlich Mitte Mai stattfinden soll, ist Mailand vorgesehen.

In der letzten Zeit sind in der Auslandspressen irreführende Nachrichten über die italienische Außenpolitik aufgetaucht — vor allem sprach man von einer italienischen Annäherung an den französischen Standpunkt in der Reparationsfrage —. Demgegenüber legt die italienische Regierung Wert darauf, kund zu tun, daß in ihrer Politik hinsichtlich der Ruhr und der besetzten Gebiete Deutschlands keine Aenderung eingetreten sei, daß geheime Abmachungen in dieser Sache nicht bestehen und daß sie an der Notwendigkeit einer raschen Lösung des Reparationsproblems im Sinne der Vorschläge der Sachverständigen festhält und nicht gewillt ist, sich zu irgendwelchen Intrigen herzugeben, um die Lösung des Reparationsproblems zu verschleppen.

Die französische Antwort auch bei den Neutralen nicht befriedigend.

Bern, 29. April. Zu der französischen Antwort an die Reparationskommission über die Sachverständigen Gutachten schreibt der „Berliner Bund“, daß Frankreich, indem es die in der Presse bereits erörterten Vorbehalte nunmehr auch offiziell vorbringe, die Einigung oder doch die rasche Erledigung erschwere. An eine baldige und Gesamträumung

des Ruhrgebiets sei bei einer Verwirklichung dieser Vorbehalte nicht zu denken und die Lösung des Reparationsproblems würde dadurch auf unabsehbare Zeit verschleppt. — Die „Neue Zürcher Zeitung“ bemerkt, daß für Poincaré die Stunde der Verhandlung unter den Alliierten zu rascher Realisierung des Expertengutachtens noch nicht gekommen zu sein scheint. Der französische Bremskloß sei in völliger Aktion.

Die Antwort von Jugoslawien.

Paris, 30. April. Die Reparationskommission veröffentlicht die von Jugoslawien und Japan eingebrachten Antworten auf den Beschluß der Reparationskommission vom 17. April. Die südslawische Regierung erklärt, daß sie mit größtem Interesse Kenntnis von dem Bericht genommen habe, der unzweifelhaft als das Vollkommenste bezeichnet werden müsse, was über die Einnahmequellen und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgestellt worden sei, sodas die Reparationskommission auf Grund des Art. 234 des Friedensvertrags ihr Urteil aussprechen könne. Die südslawische Regierung müsse die große Kompetenz der Sachverständigen, ihren Sinn für Realitäten und ihre Unparteilichkeit anerkennen, die ihren Konklusionen große moralische Autorität gäben. Sie sei bereit, mit den anderen alliierten Regierungen, soweit dies ihren Befugnissen zustehe, mitzuarbeiten an den Maßnahmen, die nach einem gemeinsamen Einverständnis im gegebenen Augenblick als notwendig empfunden würden, um den endgültigen Plan wie ihn die Reparationskommission bestimme, zur Ausführung zu bringen.

Antworten von Japan und Polen eingetroffen.

Paris, 29. April. (Havas.) Die Reparationskommission hat heute morgen die Antworten der Regierungen von Japan und Polen bezüglich der Sachverständigen Gutachten erhalten. Beide Dokumente werden wahrscheinlich im Lauf des Abends veröffentlicht werden. Die Reparationskommission wird in ihrer Sitzung von heute Nachmittag diese Antworten, sowie diejenigen der Regierungen von England und Italien einer Prüfung unterziehen.

Erklärung des Abgeordneten Louis Dubois.

Paris, 29. April. Bei einem Frühstück der Union et de Industrie erklärte der Vorsitzende, der ehemalige französische Delegierte in der Sachverständigenkommission, Abgeordnete Louis Dubois, in einem Vortrag über „Die Sachverständigenberichte und die interalliierte Politik“, den Sachverständigen sei eine rein konsultative Aufgabe übertragen worden, da allein die Reparationskommission befugt sei, über die heutige Zahlungsfähigkeit Deutschlands und über die zur Sicherheit der Zahlungen ihm aufzuerlegenden Maßnahmen eine Entscheidung zu treffen. Der Plan des Komitees Dawes erfordere eine sehr eingehende Prüfung, namentlich, was den Gegenstand der Zahlungen und das Verfahren bei ihrer Konvertierung anlangt. Die von den Sachverständigen vorgesehene Leistung sollten nicht nur die Schäden an Gütern und Personen, sondern auch die Kosten sämtlicher Besatzungsarmeen, die Salden der Ausgleichskassen und sämtliche übrigen Kriegslasten, selbst die Restitution decken, so daß bei Berücksichtigung der belgischen Priorität Frankreich für 1924/25 beispielsweise nichts auf Reparationskonto zu beanspruchen hätte, selbst wenn der Sachverständigenplan vollen Erfolg habe. Was das Verfahren bei der Konvertierung der einbezogenen Summen anlangt, so stelle es einen ausgesprochenen Eingriff in die Kompetenz der Reparationskommission dar, und mache die Zahlungen an die Gläubiger zu einem regelrechten Risiko. Bevor die Reparationskommission also ihre Entscheidung fälle, habe sie eine wichtige Aufgabe vor sich. Wie auch diese Entscheidung ausfalle und welche Verpflichtungen man Deutschland übertrage, ohne eine feste und solide Politik der Alliierten seien keine greifbaren Zahlungen zu erhoffen. Nach der Vergangenheit zu schließen, könne man, was die Möglichkeit einer derartigen Politik anlangt, sehr skeptisch sein.

Kein Besuch Poincarés in London.

London, 30. April. An zuständiger Stelle ist nichts über einen Besuch Poincarés in London, der nach den Wahlen erwartet wird, bekannt, doch wird es für sicher gehalten, daß der britische und der französische Premierminister binnen 2 Monaten eine Begegnung haben werden.

Für die Teilnahme Amerikas.

London, 30. April. Reuter meldet aus New York: Young und Robinson, die an Bord des Dampfers „Leviathan“ angekommen sind, bringen in einer gemeinsamen Mitteilung auf die Beteiligung Amerikas an der Ausführung des Sachverständigenplanes, besonders bezüglich der Deutschland zu gewährenden Anleihen, die eine gesunde Kapitalanlage darstelle und für die umfangreiche Bürgschaften gegeben seien. Die Anleihe würde dem Dawesplan Wirksamkeit geben, die wirtschaftliche Ruhe und die Kaufkraft Europas wiederherstellen und zu einer Epoche des Friedens und der Zusammenarbeit führen.

Reichswirtschaftsminister Hamm zum Sachverständigenbericht.

Bonn, 29. April. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ über die wirtschaftlichen Grundlagen des Sachverständigen Gutachtens führte Reichswirtschaftsminister Hamm aus: Nach meiner Überzeugung überschätzen die Sachverständigen die innere deutsche Leistungsfähigkeit. Man darf nicht vergessen, daß Deutschland ungeheures schon aus seiner Volkswirtschaft abgeführt hat, nach deutscher Berechnung bis Ende 1923 über 48 Milliarden. Dabei dürfen die Verluste an Grund und Boden, Schiffen, Kapital nicht vergessen werden. In den Bestimmungen über Reichsbahn und Reichsbank sieht der Minister schwere Belastungen. In den Vorbereitungsverhandlungen muß eine maßgebliche fremde Einwirkung auf die Fälle nachweisbarer schuldhafter Verletzung beschränkt werden. Die Besorgnisse, daß die Kontrolle politisch ausgenutzt werden könnte, werde dadurch gelindert, daß bei der Goldnotenbank und dem Uebertragungsausfluß nicht politische Vertreter der Regierungen, sondern unabhängige Sachkenner sitzen.

In der Wiederherstellung der deutschen Staatseinheit und Staatsoberhoheit an Rhein und Ruhr, die von den Sachverständigen selbst in klaren Worten als wichtigste Voraussetzung deutscher Leistungen bezeichnet worden ist, erblickt die Reichsregierung das politische Ziel, wenn sie sich bereit erklärte, das Sachverständigen Gutachten als Grundlage der Reparationslösung anzunehmen. Die Reichsregierung habe für ihren Entschluß die stärkste Unterstützung durch Politik und Wirtschaft gefunden. Der neue Reichstag werde die Entscheidung über die Durchführung des Sachverständigen Gutachtens zu treffen haben, für welche die gesetzgeberischen Vorbereitungen bereits im Gange seien.

Auch die bayerischen Industriellen für das Gutachten.

Berlin, 29. April. Wie die „Zeit“ aus München meldet, hat die Vorstandschaft des Bayerischen Industriellenverbandes bei den allergrößten Bedenken gegen die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches das Gutachten der Sachverständigenkommission als eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen für die Lösung des Reparationsproblems anerkannt. Der Verband der bayerischen Industriellen billigt daher die Absicht der Reichsregierung, auf Grund des Gutachtens in Verhandlungen einzutreten.

Auch der Gesamtverband des Verbands Rheinischer Industrieller hat sich, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, nach eingehender Beratung einstimmig auf den Boden der vom Reichsverband der Deutschen Industrie abgegebenen Erklärung zum Sachverständigen Gutachten gestellt, die, wie gemeldet, in dem Gutachten eine Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems sieht. — Die Uebereinstimmung der rheinischen Industrie mit der Auffassung des Reichsverbandes erscheint namentlich auch deshalb bedeutsam, weil vom Reichsverband gerade die Notwendigkeit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit für das besetzte und unbesetzte Gebiet nachdrücklich betont wird.

Ausland.

Langsame Arbeit.

London, 30. April. Der Ausschuß der englisch-russischen Konferenz ist gestern morgen zusammengetreten. Die Unterkommission des Ausschusses für die Schuldenfragen trat mittags zusammen. Keiner der Ausschüsse hat seine Arbeiten weit genug gefördert, um einen Bericht zu erstatten, sodas das Datum für die Konferenz noch nicht bestimmt werden kann.

Deutschland.

Die Einspruchsfrist der abgebauten Beamten.

Berlin, 28. April. (Wolff.) Die Reichsregierung hat beschlossen, die vorgesehene Einspruchsfrist von zwei Wochen zu Gunsten von Beamten, denen die Entlassung oder Versetzung in den einstweiligen Ruhestand auf Grund der Vorschriften der Personalabbauverordnung schon vor dem 2. April bekannt gemacht worden ist, bis zum 10. Mai einschließend verlängert.

Der Deutsche Beamtenbund legt Wert auf die Feststellung, daß diese Verlängerung nicht lediglich auf Betreiben des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter, sondern zum mindesten auch auf sein Betreiben geschähe, da er sie bereits unter dem 14. April gefordert habe.

Aufruf von Notgeld.

Berlin, 29. April. Der Reichsfinanzminister hat das wertbeständige auf Gold lautende Notgeld in der Provinz Sachsen und im Gebiet der freien Hansestädte Hamburg und Lübeck mit Wirkung vom 10. Mai aufgerufen. Die Einlösungsfrist läuft bis einschließend 10. Juni. Unberührt von dem Aufruf bleibt das Notgeld der Reichsbahn und der Hamburger Bank vom Jahre 1923. Der Reichsfinanzminister hat die als Deckung für das aufgerufene Notgeld hinterlegte Goldanleihe bzw. 6prozentigen Schatzanweisungen mit Wirkung vom 8. Mai freigegeben.

Nachruf.

Berlin, 29. April. In der heutigen Zentralauschüß-Sitzung der Reichsbank widmete der Vorsitzende und Präsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. Schacht, dem so jäh ums Leben gekommenen Staatsminister a. D. Dr. Helfferich einen ehrenden Nachruf, in dem er die Verdienste des Verbliebenen um die Reichsbank hervorhob.

Eine Wahlrede Stresemanns.

Hannover, 29. April. Reichsminister des Äußeren Stresemann sprach gestern abend in einer Wahlversammlung. Der Minister führte u. a. aus: Die Außenpolitik sei das Entscheidende, die Innenpolitik habe sich ihr unterzuordnen. Den Regierungen, die jetzt auf die in Deutschland bestehende Gefahr der nationalen Geheimbünde hingewiesen hätten, müsse klargemacht werden, daß gerade ihre dem deutschen Volke gegenüber seit Versailles getriebene Politik verantwortlich sei für das Anwachsen dieser nationalistischen Bewegung, die weiter nichts darstelle als ein Reflex eben dieser alttestamentlichen Politik. Die Hauptaufgabe der deutschen Außenpolitik sei die Wiederherstellung der deutschen Souveränität innerhalb der Reichsgrenzen und vertragsmäßiger Zustände in den nach dem Versailler Vertrag besetzten Gebieten. In seinen Ausführungen über die Innenpolitik verteidigte Stresemann das Zusammenwirken der Volkspartei mit der Sozialdemokratie.

Anschlag auf einen demokratischen Reichstagskandidaten.

Wie aus Osnabrück gemeldet wird, wurde in der Stadt Fürstenau ein Attentat auf das Auto des demokratischen Reichstagskandidaten Schmidt-Bockhornerfeld verübt. Schmidt, der im Westen als Führer der Kleinbauern und Siebler sehr bekannt ist, hält seit einigen Wochen im Regierungsbezirk Osnabrück Wahlversammlungen ab. Beim Passieren der Stadt Fürstenau gab ein junger Mensch einen Revolverstoß auf das Auto ab, wobei der Begleiter Schmidts, der Osnabrücker Demokrat Adamczyk, durch einen Lungenschuß schwer verletzt wurde. Der Täter ist ein 16 Jahre alter Bursche namens Franz Wilken. Er wurde festgenommen.

Zusammenstoß zwischen Rechts- und Linksradikalen in Breslau.

Wie die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ berichten, kam es Montag abend in Breslau nach Schluß einer Versammlung der deutschvölkischen Freiheitspartei, in der der Abgeordnete Wulle sprach, in der Gartenstraße zu einer wilden Schlägerei zwischen Kommunisten und deutschvölkischen. Die Polizei drängte die Kämpfenden in die Seitenstraßen ab. Auf beiden Seiten zählte man mehrere Verwundete.

Unfall.

Berlin, 30. April. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Dresden meldet, erlitt ein Mitglied der französischen Kontrollkommission bei einem Zusammenstoß seines Motorrads mit einem Radfahrer schwere Verletzungen, deren Folgen er bald darauf erlag. Seine Begleiterin kam mit Hautabschürfungen davon, während der Radfahrer einen schweren Beinbruch davontrug.

Französische Handlungen.

Ludwigshafen, 28. April. (Wolff.) Die französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz, besonders der Provinzdelegierte General de Mey, bestreben sich den Separatisten gegenüber immer noch einer Politik mit doppeltem Boden. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß wegen ihrer antiseparatistischen Haltung 72 Deutsche in französischen Gefängnissen sitzen und ihrer kriegsgerichtlichen Aburteilung entgegensehen, nämlich aus Pirmasens 24, Wörth 2, Bergzabern 5, Kaiserslautern 15, Mannheim 5, Dürkheim 11, Münchweiler 8 und Germersheim 2.

Wahlversammlung der deutsch-demokratischen Partei.

Am Samstag abend fand im „Badischen Hof“ eine Wahlversammlung der deutsch-demokratischen Partei statt, die einen sehr starken Besuch aufwies. Finanzminister a. D. Dr. Schacht sprach über: „Der Kampf um Deutschlands Einheit und Freiheit“. In sehr eingehender, klarer und bestimmter Art behandelte der Redner Deutschlands Außen- und Innenpolitik. Der Wahltag, führte der Redner aus, sei vor allem bedeutend für die Außenpolitik Deutschlands. In der Reparationsfrage sei man endlich einen Schritt weiter gekommen; das Gutachten der Sachverständigen-

kommission schiene einen Ausweg zu zeigen, um aus der früher vorwiegend politischen Behandlung in eine wirtschaftliche zu kommen. Es frage sich nun, solle die sogenannte Erfüllungspolitik weiter gehen oder soll gegen Frankreich Front genommen und der Vertrag von Versailles strikte zurückgewiesen werden. Eine Entscheidung von ungeheurer Tragweite stehe dem deutschen Volke bevor. Die Entscheidung verlange aber, daß sie nicht durch das Gefühl, sondern auf der Grundlage der Tatsachen getroffen werde. Es sei dabei zweierlei zu prüfen, der Wert der bisherigen Politik und die Wichtigkeit der Sachverständigen Gutachten. Die rechte Partei stehe auf dem Standpunkt, daß die Erfüllungspolitik falsch sei, man müsse aber bedenken, daß wir einen verlorenen Krieg und einen verlorenen Ruhrkampf hinter uns haben, Deutschland sei zum Objekt der Außenpolitik der Völker geworden und könne nur allmählich wieder heraufkommen. Wenn man auch große Fehler der Regierung zugebe, so müsse auch gesagt werden, daß die Regierung vor 1918 noch viel größere Fehler gemacht habe. Der Standpunkt der Rechten, daß die Entente zu viel verlange und daher keine Reparationen zu leisten seien, bedeute einfach Krieg; es habe keinen Sinn für ein entwaffnetes Volk, sich Illusionen hinzugeben. In der Forderung, Deutschland von dem Vertrag von Versailles zu befreien, seien sich alle Parteien einig, nur über den Weg herrschen verschiedene Auffassungen. War wäre aber der praktische Erfolg der Nichterfüllung gewesen? Das ersehe man an den Ergebnissen des Ruhrkampfes. Deutschland habe sich zum passiven Widerstand aufgeschwungen und seine Kräfte bis zum Weißbluten angepannt, trotzdem sei der Widerstand zusammengebrochen, weil eben die Macht der Franzosen zu groß war. Es wäre gelungen, wenn England uns beigegeben wäre. Trotzdem sei der Ruhrkampf nicht ganz umsonst gewesen, im Volk sei das Gefühl eines geschlossenen politischen Willens entstanden und Deutschland habe sich bei andern Völkern wieder etwas Wohlwollen erworben. Jedoch reichen alle Kräfte Deutschlands nicht aus, um Frankreich aus seiner festen Position herauszubringen. Ein Krieg mit Frankreich werde Deutschland verwüsten und es dem vollständigen Zerfall und der größten Armut zuführen. Was sei nun der Erfolg der bisherigen Politik? Er sei gewiß bescheiden, aber er habe die Möglichkeit zur Arbeit gegeben und die Weltpolitik etwas verschoben. Frankreich habe alles erreicht, es sei vor dem Krieg der Liebling der Welt gewesen, während Deutschland auf der ganzen Welt verhaßt und angefeindet gewesen sei. In der Zwischenzeit sei zwar Deutschland auch nicht der Liebling der Welt geworden, aber von dem Haß sei ein gutes Stück weggenommen und Frankreich werde überall als der Störenfried angesehen. Unbegreiflich sei es, daß England den Vertrag von Versailles abgeschlossen habe, da durch diesen die Herrschaft von Frankreich auf dem Kontinent festgegründet worden sei. England mußte aber vor Frankreich zurückweichen, weil letzteres sich eine große Armee und eine große Luftschifflotte schuf. England empfinde diese Situation peinlich und werde sich gelegentlich von Frankreich abwenden. Italien näherte sich unter Mussolini, der sich anfangs Frankreich angeschlossen habe, ebenfalls diesem Standpunkt. Die Isolierung Frankreichs nehme zu, da neuerdings auch die Vereinigten Staaten sich dem Standpunkt Englands zuwenden. Die Regierung habe erklären lassen, das Sachverständigen Gutachten könne eine Lösung der Reparationsfrage herbeiführen und diesem Standpunkt habe der Gesamtverband der deutschen Industrie zugestimmt. Die uns auferlegten Lasten werden wohl über unsere Leistungsfähigkeit hinausgehen, aber wenn einmal die Dinge vom wirtschaftlichen Standpunkt aus beurteilt werden, dann werde Deutschland den Nachweis der Leistungsunfähigkeit leichter erbringen können. Es werde keine andere Möglichkeit geben, als mitzuarbeiten und vielleicht eine Reduzierung durchzuführen. Auf dem Gebiet der Währung werde wohl eine Lösung kommen; aus eigener Kraft sei dies für Deutschland nicht möglich. Das neue Projekt der Goldnotenbank werde durch Unterstützung von fremdem Geld Abhilfe bringen.

In Bezug auf die Innenpolitik sei die Reichseinheit zu wahren. Frankreichs Kampf richte sich gegen die Reichseinheit; es habe deshalb den Separatismus und den Partikularismus in Bayern unterstützt. Für Württemberg ergebe sich nur die eine Haltung: Eintreten für ein starkes wirtschaftliches Reich. Damit solle nicht gesagt sein, daß alles von Berlin richtig sei, gegen eine zu starke Dezentralisation müsse aufgetreten werden, was von Seiten Württembergs auch oft geschehen sei. Die größte und schwerste Aufgabe sei die Konsolidierung und Währung der deutschen Finanzen gewesen. Diese Sanierung könne nur austretend erhalten werden, wenn die Entscheidung der Reparationskommission nicht ungünstig ausfalle. Der Geldwert der deutschen Mark sei gesunken wie 1000 zu 1. Die Einführung der Rentenmark sei notwendig geworden, um dem deutschen Geld überhaupt wieder einen Wert zu verschaffen. Dem Zerfall der deutschen Wirtschaft mußte dadurch gesteuert werden, daß die Ausgaben verringert und die Einnahmen so rasch als möglich gesteigert wurden. Beide Maßnahmen verhüteten die völlige Zahlungseinstellung, den Bankrott Deutschlands. Zu diesem Zweck mußten die Notverord-

mungen eingeführt werden, die sofort große Opfer zur Folge hatten. Besonders schmerzhaft sei die 3. Notverordnung gewesen. Selbstverständlich seien diese Maßnahmen nur als Übergangsmassregeln anzusehen. Die Mietzinssteuer und die Hypothekenaufwertung hätten große Beunruhigung hervorgerufen. Der Reichsfinanzminister wollte gar keine Aufwertung zubilligen, die würit. Regierung und besonders der Redner hätten sich für eine generelle Regelung ausgesprochen. Wäre eine generelle Regelung ausgeblieben, so hätte es eine Unzahl von Streitfällen und Prozessen ergeben. Es sei zugegeben, daß diese Verordnung großen Widerstand gefunden habe, aber die Gesamtlage des Staates habe zu diesem Schritt gezwungen, auch die Aktien hätten nur noch 10 Prozent ihres Vorkriegswertes. Der Reichshaushalt und auch der Haushalt der Länder hätten durch die verschobenen Einnahmen balanciert werden können, was von ungeheurer Wert für die Stabilisierung der Mark sei. Bei dem Abbau der Oberämter sei ein Teil des Landtags der Regierung in den Arm gefallen. Eine Nichtdurchführung bringe aber große Nachteile und so habe sich die Regierung gegen die Herausnahme einiger Steine aus dem Gesamtbau gewehrt und sie dann zurückgetreten. Es sei aber zweifellos, daß jede Regierung, die nun folge, diesen Abbau durchführen müsse, andernfalls werde ein Wiederaufbau und die Ersparnismaßnahmen ershwert. Wenn die Abgeordneten nach den Wahlen keine Angst mehr haben, dann werden die Maßregeln wieder aufgenommen werden. Ein wesentliches Stück könne nicht herausgenommen werden; auf diese Weise könne man keine Staatspolitik treiben. Die Mitglieder der bisherigen Regierung seien als schlechte Politiker verurteilt worden, trotzdem seien die bisherigen Erfolge nicht zu leugnen und es müsse auf dieser Bahn weitergegangen werden, wenn der Staat vor Erschütterungen bewahrt bleiben wolle. Erhalte die rechte Partei die Mehrheit, so werde stete Unruhe im Volke eintreten. Bei den deutschvölkischen Parteien seien eigentliche Ziele nicht zu erkennen; die Ereignisse in Bayern schrecken von dieser Bewegung ab. Der Redner kam dann noch auf die Einführung der Monarchie zu sprechen und meinte, in jetziger Zeit solle man den Streit über die Staatsform vertagen, sondern vielmehr dafür sorgen, daß wir als Volk über dem Staat stehen und die Einheit desselben zu erhalten suchen. Die Aufrollung der Frage bringe zunächst nur Zank und Haber, da die Bayern die Wittelsbacher und die Preußen die Hohenzollern auf den Thron des Reiches setzen wollen. Zusammenfassend legte der Redner nochmals die Bedeutung des Wahltags dar und schloß mit den Worten: Werde der Versailler Vertrag durch Deutschland mit Gewalt zerrissen, so werde Deutschland unfehlbar zu einem Trümmerhaufen, werde aber auf der bisherigen Grundlage weitergebaut, so werde Deutschland zwar langsam, aber sicher wieder emporkommen. Stürmischer Beifall begleitete die interessanten und inhaltsreichen Ausführungen. Nachdem Steuerinspektor Strinz eine kleine Anfrage über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands gestellt hatte, die von dem Redner aufs schlagfertigste beantwortet wurde, schloß der Redner die Verwaltungssitzung ab, der dem Redner noch den wärmsten Dank für seine sachmännlichen Darlegungen ausgesprochen hatte, die anregend verlaufene Versammlung.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 30. April 1924.

Zu dem Familiendrama.

(S.C.B.) Ebingen, 29. April. Zu der folgenschweren Tat des Kaufmanns Otto Berner wird noch gemeldet: Berner und seine Frau waren erst ein halbes Jahr verheiratet. Sie wohnten bei den Schwiegereltern. Die Ehe war von Anfang an nicht glücklich. Es gab viele häusliche Zwistigkeiten. Der Schwiegervater Spanagel soll Berner öfters geschlagen und bedroht haben. Berner fühlte sich sehr unglücklich, nahm aber alles ruhig hin. Noch am letzten Freitag kam es zu Auseinandersetzungen, wobei Spanagel den Schwiegerohn auf die Straße gestoßen haben soll. Seitdem wohnte Spanagel nicht mehr bei den Schwiegereltern. Er klagte sein Leid seiner Schwester und schrieb an seine Eltern in Ebingen, daß man seine Leiche sezieren müsse, falls er plötzlich sterben sollte, da er vermute, daß ihm seit einiger Zeit Gift beigebracht worden sei, dessen Wirkung sich durch stundenlange Uebelkeit gezeigt habe. Berner wollte nach dem letzten Streit am Freitag nach Tübingen verziehen. Aber die Frau weigerte sich, mitzugehen und wollte auch das Kind nicht herausgeben. Berner wandte sich an das Stadtschultheißenamt und am gestrigen Montag sollte Termin zur Schlichtung der Angelegenheit sein. Am Sonntag abend ging Berner in das Haus der Schwiegereltern, um mit seiner Frau zu sprechen. Dabei hörte er von außen sein Kind schreien. Später machte er dann mit seiner Frau einen Spaziergang über den Turnhalleplatz. Der Schwiegervater Spanagel ging den beiden nach. Als er von der Tochter verlangte, sie möge mit ihm ins Haus zurückkehren, schoß ihm Berner eine Kugel durch die Brust, dann gab er zwei Schüsse auf Hals und Schläfe seiner Frau ab. Hingulommenden Leuten sagte Berner: Nur Ruhe! Er ging dann in die Wohnung seiner Schwester und schoß sich dort eine Kugel durch den Kopf. Als man ihn fand, lag er auf dem Gesicht blutend am Boden. Er und sein Schwiegervater wurden ins Krankenhaus geschafft, während die verstorbene Frau Berner im elterlichen Hause aufgebahrt wurde. Berner ist am Montag nachmittag im Krankenhaus gestorben. (Albbote.)

Vom Pferdemarkt.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. April. Der mit ca. 1500 Pferden besetzte Pferdemarkt war gestern außerordentlich stark besucht. Es hatten sich aus allen Teilen des Landes viele Kauflustige eingefunden, aber das Geschäft wollte vormittags nur wenig und nachmittags nicht allzu lebhaft in Gang kommen. Die Geldknappheit wirkte sehr hinderlich. Das vorhandene Pferdemarktmaterial war vorwiegend von besserer Qualität. Schwere Pferde kosteten 3000 bis 4000 Mark, mit Vere Pferde etwa 2500, Kassepferde 3-5000 M.

Wahl-Anzeigen

für die Samstag-Nummer müssen spätestens

Freitag Mittag 4 Uhr

auf unserer Geschäftsstelle sein.

Wetter für Donnerstag und Freitag.
Die Depression im Westen beherrscht mehr und mehr die Wetterlage. Für Donnerstag und Freitag ist vielfach bewölkt, auch zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Leinach. (Bestätigung.) Die Wahl des Obersekretärs Otto Dupper beim Oberamt Herrenberg zum hiesigen Ortsvorsteher wurde bestätigt.

Altensteig. (Schulabbau.) Nach einem Erlaß der Ministerialabteilung wird die hiesige Lateinschule, entsprechend der Bereitwilligkeitserklärung der Stadtgemeinde als Privatschule weiter geführt. Studienrat Hölzle ist nach Feuerbach versetzt und ein Studienassessor hierher beordert worden. Der neue Landtag wird endgültig darüber zu entscheiden haben, ob auch die Lateinschulen von dem Abbau betroffen werden.

(S.C.B.) **Widelsberg, O.A. Sulz, 29. April.** Samstag abend ging die 15jährige Tochter des Lammwirts Etter auf das Feld zur Arbeit, wo sie bei dem niedergehenden Gewitter vom Blitz getroffen und sofort getötet wurde. An der Leiche waren nur ganz geringe Merkmale des Blitzhchlages zu sehen.

(S.C.B.) **Eslingen, 29. April.** Die Kriminalpolizei hat drei Zigeunerinnen festgenommen, als sie ein hiesiges Damenkleider- und Aussteuergeschäft verließen. Ihre körperliche Durchsuchung förderte mehrere Stücke gestohlenen Stoffes zutage. Wie die Erhebungen ergaben, verlangten die Zigeunerinnen in dem Laden nacheinander die Vorlage einer Reihe von Stoffstücken. In unbewachten Augenblicken ließen sie einige Stücke unter den Kleidern verschwinden. Schließlich boten sie, um die Kaufsverhandlungen abzubrechen, die Bezahlung eines scheinbar ausgewählten Stückes mit einem 10 Mark-Goldstück an, für das sie die Anrechnung von 16 Rentenmark verlangten. Das Ansinnen wurde abgelehnt, worauf die Zigeunerinnen mit der gesicherten Beute das Geschäft verließen.

(S.C.B.) **Nedarfult, O.A. Heilbronn, 29. April.** In geistiger Frische beging der älteste Bürger Friedrich Heyd seinen 95. Geburtstag. Von Beruf Nedarfultler war er trotz allen Strapazen nie ernstlich krank und allzeit ein lebensfroher Junggeselle, der einen guten Tropfen und die Pfeife nie verschmähte.

(S.C.B.) **Hofen, O.A. Besigheim, 29. April.** Mädchenhändlern in die Hände gefallen ist eine 25jährige Bauertochter von hier. Sie hatte sich nach flüchtiger Bekanntschaft mit einem Badenser verlobt. Der Bräutigam lud die Braut zu einem Ausflug nach Karlsruhe ein. Dort wurde in einer Wirtschaft in männlicher Gesellschaft gezecht. Seitdem fehlt von dem Mädchen jede Spur.

(S.C.B.) **Sigmaringen, 29. April.** Zwei unglaubliche Vor-

kommisse bildeten in der letzten Zeit das Stadtsprech. Ein hiesiges Lagerhaus bestellte frühzeitig im Saargebiet einen Wagen Thomaspophosphatmehl. Alles freute sich, als Mitte Februar der Wagen abgegangen sei. Aber es wurde April und der Wagen war noch nicht in Sicht. Das Lagerhaus wurde mit Klagen und Beschwerden überhäuft, da sich die Feldbestellung nicht mehr länger hinauschieben ließ. Endlich am 14. April traf der Wagen ein. Er war zwei Monate lang auf den Regiestrecken hin- und hergezogen worden und die Landwirte mußten mit der dringenden Düngung der Felder warten. Die Unfähigkeit der Franzosen ist bekannt, ihr böser Wille nicht minder. Ein Kohlenwagen war vom 22. Februar bis zum 16. April von Spittel bis nach Rehl unterwegs und legte täglich 3 Kilometer zurück. In Friedenszeiten hätte der Wagen die Strecke bis Sigmaringen in drei Tagen zurückgelegt. Die Regiebahnen können nicht bald genug verschwinden.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.
Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4,21 Bk.
1 Goldmark	1000 Ma.
1 holl. Gulden	1578,9 Ma.
1 franz. Franken	273,7 Ma.
1 schweiz. Franken	749,9 Ma.
Reichsindexziffer	1,03 Bk.
Goldumrechnungsjahr für Steuern	1000 Ma.

Bericht der Stuttgarter Börse.
(S.C.B.) **Stuttgart, 29. April.** Die Börse stand auch heute unter dem Zeichen größter Luftlosigkeit. Größere Kursrückgänge hatten zu verzeichnen Württ. Notenb. — 3 (53), Kammgarn Veltigheim — 3 (42), Spinnerei Kottern — 3 (27), Württ. Kattun — 10 (70).

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.
(S.C.B.) **Stuttgart, 29. April.** Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 59 Ochsen, 27 Bullen, 146 Jungbullen (unverkauft 10), 100 Jungrinder, 93 (10) Kühe, 535 Rälber, 649 Schweine, 44 Schafe, 4 Ziegen. Erlös aus je ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 39—42 (letzte Markt: 38—41), 2. 26—35 (26—34), Bullen 1. 33—35 (31—33), 2. 26—30 (24—31), Jungrinder 1. 46 bis

49 (45—47), 2. 35—42 (35—41), 3. 25—32 (unv.), Kühe 1. 28—34 (27—33), 2. 18—24 (17—24), 3. 12—16 (11—15), Rälber 1. 56—60 (58—62), 2. 48—54 (48—55), 3. 38—44 (unv.), Schweine 1. 59—61 (60—63), 2. 53—57 (54—58), 3. 42—51 (42—52) Pfg. Verkauf: ruhig, bei Großvieh Ueberstand.

Schweinepreise.
Kirchheim-Teck: Zufuhr 165 Milch- und 7 Läufer-schweine. Preis für Milchschweine 25—30 M, für Läufer-schweine 40—70 M pro Stück. — **Schwenningen:** Zufuhr 50 Milchschweine. Verkauft wurde das Paar zu 44 bis 66 Mark.

Fruchtpreise.
Niedlingen: Es notierten pro Ztr. Gerste 9—10 Mark, Haber 7.80—8.30 M, Erbsen, 15—16 M. — **Neutlingen:** Durchschnittspreise pro Ztr.: Weizen 10—12 Mark, Gerste 10—12 M, Haber 8—9 M, Ueber Dinkel 8 bis 9 Mark.

Märkte.
(S.C.B.) **Kottenburg, 29. April.** Zufuhr 14 Stiere, 20 Kühe, 46 Kalbinnen, 61 Rinder, 2 Rälber. Der Handel war infolge der hohen Forderungen flau. Nur etwa die Hälfte der Zufuhr wurde verkauft. Erlös für Stiere 250 bis 500 M, Kühe 200—600 M, Kalbinnen 400—600 M, Rinder 100—400 M. — Auf dem Schweinemarkt waren 106 Milch- und 20 Läufer-schweine zugeführt. Erstere kosteten 15—38 M, letztere 40—50 M pro Stück.

(S.C.B.) **Niedlingen, 29. April.** Zufuhr 196 Pferde, 86 Ochsen, 132 Kühe, 74 Rälber, 191 Jungrinder und 1 Jahr alte, 13 Mutter-schweine, 16 Läufer, 767 Milchschweine. Preise: Pferde 180—1300 M, Ochsen 200—400 M, Kühe 220—400 M, Rälber 300—500 M, Jungrinder und 1 Jahr alte 18—200 M, Mutter-schweine 160—200 M, Läufer 40 bis 65 M, Milchschweine 20—30 M pro Stück. Vieh ging schlecht infolge Geldmangels. Auf dem Schweinemarkt ging der Handel lebhaft.

Die seitlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Vorteile in Betracht kommen. D. Schriftl.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Oberrevisor J. Bauehle, Calw
Druck und Verlag der K. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.
Reichs- und Landtagswahl
am 4. Mai 1924.
Die Stadtgemeinde Calw ist — wie früher — in 3 Abstimmungsbezirke eingeteilt. Es umfaßt:
Bezirk I den südlichen Stadtteil links der Nagold vom Tanneneck bis Biergasse,
Bezirk II den nördlichen Stadtteil links der Nagold, Trennungslinie zwischen Bezirk I und II ist der Kirchberg, Biergasse, Weinsleggasse,
Bezirk III den östlichen Stadtteil rechts der Nagold vom Krappen bis Goutleuthaus.
Abstimmungsraum für Bezirk I ist der Sitzungssaal im Rathaus
" " " " II das Rektoratsgebäude bei der Kirche
" " " " III das Nebenzimmer im „Alder“.
Die Abstimmung erfolgt am Sonntag den 4. Mai 1924 von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Stimmzettel können noch am Tage vor der Abstimmung (3. Mai) von 7 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm. auf dem Rathaus (Zimmer 2) ausgestellt werden. Die Stimmzettel für beide Wahlen werden amtlich hergestellt und gehen in den nächsten Tagen den Wählern zu.
Am übrigen wird auf den Anschlag am Rathaus hingewiesen.
Calw, den 29. April 1924.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Wahlversammlung.
Am Donnerstag, den 1. Mai, abends 8 Uhr wird
Herr Abgeordneter Dr. Schott
aus Stuttgart im Bad. Hof sprechen.
Sebermann ist eingeladen.
Württ. Bürgerpartei.

Bekleidung
Ausstattung
Paul Röchle, Calw.

Größeres Quantum **Sauerkraut** verkauft billig **Neue Handlungsschule.**
Mehrere Fuhrer **Sägmehl** können abgeholt werden bei Ludwig Säck, Sägewerk, Unterreichenbach.
Habe im Auftrag einige guterhaltene **Anzüge** preiswert zu verkaufen. **Schüle, Vorstadt.**
Spekhardt. Am 1. Mai, morgens 9 Uhr verkauft reine **Milchschweine.** M. Schwämmle.

Die Frauen
und das Frauenwahlrecht.
Am Donnerstag, den 1. Mai, abends 8 Uhr spricht im Weiß'schen Saale **Frau Gemeinderat Ghni,** Mitglied des Landtags, aus Stuttgart die bekannte und bewährte Vorkämpferin für vernünftiges Frauenrecht, als Frau zu den Frauen.
Die sämtlichen wahlberechtigten Frauen Calws und der Umgegend werden zu dieser Versammlung herzlichst eingeladen.
Kein Trinkzwang.

Deutsche Demokratische Partei
Photogr. Apparat 9:12, Doppelanastigmat 1:6, dopp. Auszug mit Filmpackkassette, Rindledertasche, Messingstativ und Gelbscheibe zu verkaufen, **E. Schlaich, Salzgasse 62.**
Unterschiedener verkauft am 1. Mai, nachm. 1 Uhr
1 Leiterwagen unter 2 die Wahl, sowie eine 35 Wochen trüchtige
Kalbin. Jakob Duff, Holzbronn.
Stammheim. Verkauft 1 Paar schöne
Läufer-schweine. Wilt. Schumacher.
Am Donnerstag, den 1. Mai, mittags 1 Uhr verkauft reine, ans Freßten gewöhnte
Milch-schweine J. G. Kentschler & Hirsch, Schmied.

Ruh
beide gut gewöhnt, sofort zu verkaufen.
Liebenzellerstraße 43 in Dennjacht.
Ordner
Schnellhefter
G. Köbele, Nagold
Fernsprecher 126.

Zur Aufklärung!
Ich führe mein **Baugeschäft** nach wie vor weiter und halte mich einem geehrten Publikum bestens empfohlen.
Hochachtungsvoll
Gottlieb Pfeiffer.
Aufgeweckter Junge findet Lehrstelle in der Druckerei dieses Blattes.

Gerlach & Wiedenmann
Stuttgart, Königstrasse 41
Grösste Auswahl preiswerter **Damenwäsche** **Herrenwäsche** **Braut- und Erstlings-Ausstattungen**
Anfertigung in eigenen Werkstätten bei billigster Berechnung.

**Ein Sieg der reaktionären Parteien
würde unrettbar zu Bürgerkrieg, Reichszerfall,
Fremdherrschaft und Untergang führen.**

➡ Darum wählt sozialdemokratisch! ➡

Hirfan.

Öffentl. Wählerversammlung
Am Freitag, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr

spricht
Herr Dr. Schott, Stuttgart
im Gasthof z. Mühle über das Thema:
„Die politische Lage“.

Die Wählerschaft von Hirfan und Umgegend wird zu
zahlreichem Besuch herzlich eingeladen.

**Deutschvölkischer Block.
Württ. Bürgerpartei.**

Auf

Rentenmarksparkonto

haben wir den Zinssatz auf

15% erhöht

unter Garantie der Wertbeständigkeit
auf Dollargrundlage.

In laufender Rechnung vergüten wir von jetzt
ab 12% p. a.

Spar- & Vorschußbank Calw
eingetr. Genossenschaft m. b. H.

Getreidemühlengenossenschaft

Althengstett e. G. m. b. H.

Morgen Mittag 1 Uhr kommen
in der Mühle 70 Zentner

Weizenkleie, Mehl und Staub

unter den Mitgliedern zur Versteigerung.

Wir beabsichtigen

für Calw eine Niederlage
für Mineralwasser

zu errichten und suchen tüchtigen, bei
Wirten gut eingeführten

Vertreter.

Interessenten wollen sich unter E. N. 100 an die Ge-
schäftsstelle ds. Bl. wenden.

An die Jugend!

Wer hat die deutsche Reichswehr geschaffen?

Wer hat die deutsche Reichswehr leistungsfähig gemacht?

Wer hat in der deutschen Reichswehr dem Staat sein
einziges Machtmittel erhalten?

Der deutsch-demokratische Reichswehrminister Geßler!

Deutsche Jugend, vergiß das nicht!

und wähle darum deutsch-demokratisch!

Bad Liebenzell.

Öffentliche

Wahl-Versammlung

am 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr
im Saale des Gasthofs z. Döfen.

Redner:

Landtagskandidat Dr. Schott
aus Stuttgart.

Freie Aussprache!

**Ortsgruppe Liebenzell
der Württ. Bürgerpartei.**

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Morgen Donnerstag abends 8 Uhr

Das grosse

Radium-Geheimnis

IV. Teil. Der Ueberfall auf den Stahlresor.

Mit Beiprogramm.

Achtung!

**Emaillieren u. Vernickeln
von Fahrrädern**



sowie Ausführung
sämtlicher Reparaturen
prompt und billigt.

W. Heldmayer, Stammheim.
Empfehle

Continental-Bereifungen
zu billigsten Preisen.

Vermittlung durch Hermann Dill, Calw.

Fabrik-Reste

in Stoffen zu Schürzen, Kleider,
Blusen, Hemden etc (große u. kleine Stücke)
empfehlen billigt

Geschw. Stanger, Ob. Marktstr. 23



**Sonderangebot
in Zigaretten
und Tabak!**

10 Prozent Rabatt

auf den Warenpreis, bei Originalfabrikpreisen, gebe ich ab heute
bis 10. Mai jedem Kunden, der für über 25 Mark einkauft.

Ich führe nur die bekannten Marken wie:

**Waldborf, Wallruth, Constantin,
Jasmagi, Eckstein, Halpaus,
Caovi, Fraci, Lauterberg,
Nasi-Nasi, Hadges-Nessim.**

Tabake in nur besten Qualitäten von 35 Pfg. an per 100 g.

E. Merkt, Nagold, Fernspr. Nr. 83.

Einen ordentl., aufgeweckten

Jungen

nimmt in die Lehre
Olafernst. Dorn, Calw.

Schreibmaschinen

G. Köbele, Nagold, Fernsprecher 126.

Arbeiter, Beamte, Kleinhandwerker und Kleinbauern!

Die Feinde der Republik sind auch Eure Feinde.

Wählt sozialdemokratisch!